

Christlicher Widerstand in Südkorea

Von Zeit zu Zeit erreichen beunruhigende Nachrichten aus Südkorea die Öffentlichkeit, zumeist freilich nur im kirchlichen und ökumenischen Bereich.¹ Man erfährt von Konflikten zwischen Christen aus verschiedenen Kirchen und dem Regime, von offener Kritik an Mißständen und demokratiefeindlichen Regierungsmaßnahmen und von um so härteren Repressalien gegenüber den Kritikern, von Verhaftungen und Folterungen, von erzwungener Entlassung von Studenten und Professoren, von Verurteilungen zu langjährigen Zuchthausstrafen bis hin zu einer ganzen Reihe von Todesurteilen. Worum geht es in diesen Konflikten? Womit begründen gerade Christen und Repräsentanten der Kirchen ihren Widerstand? Handelt es sich um singuläre Vorgänge oder um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, aus denen auch andere zu lernen haben? Dem soll im Folgenden anhand von Dokumenten und authentischen Äußerungen nachgegangen werden.

1. Zur Vorgeschichte der jetzigen Situation

Korea stand seit 1905 (nach dem russisch-japanischen Krieg) unter japanischem Protektorat, seit 1910 unter seiner Kolonialherrschaft, wurde 1945 selbständig, 1948 geteilt (im Süden Republik Korea, im Norden Demokratische Volksrepublik). 1950–1953 Korea-Krieg, eine UN-Streitmacht, in der Hauptsache getragen von den USA, übernimmt die Verteidigung Südkoreas. Aufgrund des Verteidigungsbündnisses mit den USA haben diese rund 40 000 Mann im Süden stationiert, heute unter ihrer eigenen Flagge. Gegen das autoritäre Regime Syngman Rhee erheben sich anlässlich seiner vierten Wiederwahl im April 1960 die Studenten, von denen 185 durch die Polizei niedergeschossen werden; Ergebnis aber ist Abdankung und Flucht von Rhee. Jedoch bereits 1961 Staatsstreich und Militärregime unter General Park, der dann Staatspräsident wird. Entscheidender Einschnitt dann im Oktober 1972, als Park die seitherige Verfassung von 1962, die nur zwei Amtsperioden für ihn zuläßt, aufhebt, Kriegsrecht verhängt, das Parlament entläßt und, begründet mit der nordkoreanischen Bedrohung, eine veränderte Verfassung, die „Yushin-Erneuerung“, in Kraft setzt, die eine unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht, ihm diktatorische Vollmachten zum Regieren durch Notverordnungen gibt und die Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative praktisch aufhebt. Gegen diese Außerkraftsetzung demokratischer Grundrechte, verbunden mit krasser sozialer Ungerechtigkeit und Korruption, wendet sich seit Anfang 1973 die Opposition, getragen von Studenten, überhaupt Intellektuellen, auch unterdrückten oppositionellen Politikern, und unter ihnen allen in erheblichem Maße von Christen, obwohl diese nur etwa 10% der Bevölkerung (35 Millionen) stellen. Als trotz Massenverhaftungen die Demonstrationen nicht endeten, stellte Park Anfang 1974 durch Notverordnungen jede Kritik unter schärfste Strafen. Damit erreichte der Konflikt seine äußerste Verschärfung.

2. Die Begründung des christlichen Widerstands

Darüber sind wohl erstmals grundsätzliche Ausführungen in einem „Manifest koreanischer Christen 1973“, im März verfaßt, enthalten:

„... Das koreanische Volk schaut auf uns Christen und drängt uns in der gegenwärtigen schlimmen Situation zu einer Stellungnahme... Wir glauben, daß wir von Gott, dem Herrn und Richter der Geschichte, zu Vertretern des gesamten Volkes bestimmt sind, für die Freilassung der Unterdrückten und unschuldig Leidenden zu beten... Wir glauben, daß unser Herr Jesus Christus uns abverlangt, wie er in Judäa, mit den Armen und Ausgestoßenen zu leben und ihr Schicksal zu teilen; so wie Jesus vor Pontius Pilatus, dem Vertreter des römischen Imperiums, die Wahrheit bezeugt hat, so sind wir heute gerufen, den Herrschenden die Wahrheit zu sagen. Wir glauben, daß der Geist uns zwingt, nicht nur an der Verwandlung unseres eigenen Charakters, sondern auch an der Umgestaltung der Machtverhältnisse und an der Schaffung einer neuen Gesellschaft und Geschichte teilzunehmen... Wenn die koreanische Kirche um Glaubensfreiheit kämpft, dann verteidigt sie eben diese Gewissensfreiheit für das koreanische Volk...“²

Das Manifest trägt keine Unterschrift, auch nicht die einer kirchlichen Instanz; offensichtlich entstammt es der Initiative einzelner. Aber schon im Juli 1973 nehmen 21 Delegierte aus koreanischen Kirchen an einer ersten japanisch-koreanischen Konsultation unter Schirmherrschaft der beiden Nationalen Kirchenräte teil und sprechen in einer gemeinsamen Erklärung die kritischen Punkte an. Und bereits im September 1973 beschließt die Generalsynode der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea (PROK) eine Erklärung zum 20. Jahrestag ihrer Gründung, in der es heißt:

„Unsere Kirche sollte die introvertierte Tendenz, eine Tendenz, die nach innen gerichtet ist und die dem Trachten nach Überlegenheit zugrunde liegt, überwinden und nach außen gerichtet versuchen, sich unaufhörlich weiterzuentwickeln, zu verbessern und sich vorwärts zu bewegen... Deshalb glauben wir, daß die Verkündigung Christi und seines Evangeliums unsere vornehmste Aufgabe ist... Darüber hinaus sind wir entschlossen, unter Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft uns weiterhin um Einigung zu bemühen und persönliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Frieden zu verwirklichen... Wir hoffen deshalb, daß Korea ohne Verzögerung den Weg einer freien Demokratie beschreiten möge...“³

Der Weg der Partnerkirche des EMS

Eine kurze Erläuterung über die genannte Kirche erscheint angebracht. Sie besteht erst gut 20 Jahre, und zwar infolge einer Trennung von der größeren Presbyterianischen Kirche in Korea. In der zitierten Erklärung zum 20. Jahrestag heißt es:

„Am 10. Juni 1953 machten wir einen mutigen Neuanfang. Wir waren bereit, eine neue geschichtliche Epoche heraufzuführen, indem wir die Tyrannei kirchlicher Autorität zurückgewiesen haben, die Freiheit eines christlichen Gewissens und der akademischen theologischen Forschung wahrten und gleichzeitig den lebendigen, ganzen Christus in allen Bereichen menschlichen Lebens bezeugten...“⁴

Im folgenden Jahr wird in einer offiziellen Selbstdarstellung der Kirche, unterzeichnet von ihrem Generalsekretär, gesagt:

„Die koreanische Presbyterianische Kirche ist von Anfang an für ihren missionarischen Eifer bekannt geworden. Dieser Eifer war an eine sehr konservative Theologie gebunden. Die Presbyterianische Kirche in der Republik Korea (PROK) entstand 1953 als eine Heimat für jene Pfarrer und Gemeinden, die aus der Presbyterianischen Kirche von Korea um ihrer Unterstützung für die Theologische Hochschule Hankuk (THH) willen ausgestoßen worden waren. Die THH trat für eine stärker akademisch ausgerichtete theologische Arbeit ein und bestand auf der Erhaltung der Freiheit des christlichen Gewissens. Die THH entwickelte eine Methode der Ausbildung, bei der sich die Stärkung des Glaubens und die Förderung von Initiative und Kreativität in Wissenschaft und Handeln eng miteinander verbinden – eine wagemutige Loslösung vom doktrinären Typ theologischer Erziehung, wie er in Korea beherrschend ist.

Als Ergebnis dieser Entwicklung versuchte die PROK ein tiefes Verständnis für die Teilhabe an der weltweiten Kirche in die koreanischen Kirchen hineinzu-tragen. Gerade unsere Kirche hat die ökumenische Bewegung in Korea eingeführt und gefördert und darüber hinaus aktive Führungspersönlichkeiten für die regionalen, nationalen und weltumspannenden Kirchenräte zur Verfügung gestellt. Nachdem unsere Kirche von Anfang an Beziehungen mit Kirchen in Übersee, in USA, Kanada und Australien unterhalten hatte, fand sie sich plötzlich vollkommen abgeschnitten von diesen Gruppen sowie von der wichtigsten presbyterianischen Kirche in Korea wieder. Endlich im Jahre 1955 vereinigte sich die United Church of Canada (UCC) mit uns in unserem Ringen um ein Zeugnis, das mit unserem Gewissen übereinstimmt . . .

Zusätzlich zum raschen sozialen Umbruch, zum Aufeinanderprallen der Kulturen, zur wachsenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit bedeutet die politische Unruhe unserer Gegenwart eine weitere große Herausforderung an unsere Kirche. Wir glauben, daß die Kirche sowohl Kirche in der Gesellschaft als auch Kirche im Heiligtum zu sein hat. Unter dieser Voraussetzung haben unsere Pfarrer in Übereinstimmung mit ihrem Gewissen geredet und gehandelt. Mancher wurde aus diesem Grund verhaftet und viele andere stehen unter Verdacht.

Während dieser 20jährigen Geschichte der PROK haben wir die Vorstellung einer Kirche verwirklicht, die bereit ist, vieles für die Sache der sozialen Gerechtigkeit, der Ökumenizität und der Demokratie zu wagen. Wir kehren dieser Vorstellung nicht den Rücken, denn wir sind der festen Überzeugung, daß dies der Auftrag der Kirche ist. Wir haben jedoch erkannt, daß wir während unserer Betonung des obigen Aspektes den Auftrag, evangelisierende Kirche zu sein, vernachlässigt haben, ja daß wir in der Gefahr stehen, die wesentliche Beziehung der Reben zum Weinstock zu vernachlässigen, ohne die wir doch nur verdorren und sterben können. Wir sehen deutlich, daß wir zuerst in Christus stark sein müssen, um in der Welt wirksam zu werden . . .“⁵

Mit dieser Kirche steht das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) in partnerschaftlicher Beziehung. Aus ihrer Aktivität und der Tatsache, daß sie bei ihren nur rund 200 000 Gemeindegliedern eine erhebliche Zahl führender Mitarbeiter in den Gremien des Nationalen Kirchenrates (KNCC) und den größeren christlichen Arbeitszweigen wie Urban and Industrial Mission, Ge-

meinwesenarbeit, Christian Academy oder Studentenarbeit stellt, erklärt es sich, daß sie als erste und im besonderen durch die staatlichen Repressionen betroffen wurde.

Größere Gemeinschaft des Widerstands

Inzwischen aber haben die Kirchen des KNCC, der etwa die Hälfte der Protestanten im Lande in sich vereinigt und in dem auch die einstige Mutterkirche der PROK wieder mit ihr zusammenarbeitet, die entscheidenden Anliegen auf die gemeinsame Verantwortung genommen. So spricht die Erklärung der Menschenrechtskommission des KNCC vom November 1973 eine deutliche Sprache:

„... In der gegenwärtigen Situation werden die Menschenrechte kaltblütig mit Füßen getreten. In politischer Hinsicht wurde das Volk seiner Souveränität beraubt, die Demokratie ist nur noch die äußere Gestalt. Alle Freiheiten werden vorenthalten, wir sind sogar der Glaubensfreiheit beraubt. In dieser Situation müssen wir beschämt bekennen, daß die Haltung unserer Kirche bisher die eines passiven Zuschauers war, und sind nun fest entschlossen, die Durchsetzung der Menschenrechte mit der Gewinnung der Freiheit zu beginnen... Wir Christen fassen deshalb folgenden Entschluß, um diese Probleme zu lösen: 1. Wir wollen uns um die innere Erneuerung der Kirche bemühen, damit sie eine Kirche des Evangeliums wird, das dem Unterdrückten Befreiung bringt. 2. Die Kirche wird sich nicht nur um das Heil des Einzelnen kümmern, sondern auch um das gesellschaftliche Heil, um die Menschen aus der Gefangenschaft böser Strukturen herauszuführen. 3. Die Kirche wird ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, die Menschenrechte durchzusetzen...“⁶

Aber Engagement und Zusammenarbeit führen nicht nur Glieder verschiedener reformatorischer Kirchen zusammen. Da es um Menschenwürde und Gewissensfreiheit für alle geht, stehen die Engagierten über die Grenzen der Konfessionen und der Religionen hinaus zusammen. Verschiedene Erklärungen und Aufrufe um die Jahreswende 1973/74 tragen die Unterschriften des Generalsekretärs des KNCC und evangelischer Professoren neben denen zweier katholischer Bischöfe, eines buddhistischen Mönchs, eines evangelischen Schriftstellers und eines katholischen Dichters, die Namen von Journalisten und Anwälten neben Politikern und Theologen, ein sichtbares Zeichen für die umfassende Gemeinsamkeit des Widerstandes. Und für die Christen ist dies nicht nur das pragmatisch Naheliegende, sondern geistlich begründet. Ein Passus in der bedeutsamen „Theologischen Erklärung koreanischer Christen“ vom November 1974 scheint mir ein Hinweis darauf zu sein:

„... Christus kam nicht in die institutionelle Kirche, sondern er kam in diese Welt, in die Mitte der Geschichte. Diese Tatsache bezeugt, daß die Geschichte der Rettung durch Gott alles Menschliche umgreift. Darum nennen wir diese Tatsache die MISSIO DEI...“⁷

Aber nicht nur die Gemeinsamkeit des Widerstandes um des Gewissens willen hat diese Menschen verschiedenster Herkunft zusammengeführt, sondern dann auch die Gemeinschaft des Leidens: Der katholische Bischof CHI Hak Sun wurde ebenso wie der Leiter der Gemeinwesenarbeit, der Presbyterianerpfarrer PARK Hyung Kyu, wegen „Anstiftung zum Regierungssturz“ zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, wenn auch mit Rücksicht auf weltweite Proteste später unter Vor-

behalt freigelassen, der erwähnte Dichter KIM Chi Ha zu lebenslänglicher Haft „begnadigt“, während die sechs anderen, mit ihm zusammen als angeblich revolutionäre Kommunisten zum Tode Verurteilten, hingerichtet wurden. Dies nur einige Beispiele. Wie der Katholik KIM Chi Ha die Rolle der Kirchen in dem allen sieht, zeigen seine Worte aus dem Gefängnis:

„... Die Intrige des Park-Regimes richtet sich nicht gegen mich als einzelnes Individuum, sondern gegen die ganze Bewegung, die sich um den Wiederaufbau der Demokratie bemüht, und gegen beide Kirchen, die protestantische und die katholische, die den Kampf um die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit aufgenommen haben...“ Und: „... Für unser in die Finsternis und zum Schweigen gezwungenes Volk ist die Kirche nun zu einer reinen Quelle mitten in dem trüben Strom und zu einer leuchtenden Fackel in der Dunkelheit geworden, zu der es voller Hoffnung aufblickt...“⁸

Zweifellos haben die Kirchen durch Beweise der Solidarität mit den Unterdrückten und Rechtlosen in hohem Maß an Achtung und Vertrauen gewonnen. Nur mit Erschütterung kann man Berichte über den Zustrom zu spontanen Gebetsgottesdiensten für Verhaftete und Verurteilte und deren Angehörige in den letzten Jahren lesen.⁹ Dennoch wird man nicht von *den* Kirchen oder *der* Kirche als einer Einheit des Widerstandes sprechen können, auch nicht bei der PROK. Die Engagierten sind wohl überall nur eine Minorität, so gewiß es schon ein wesentlicher Unterschied ist, ob die offiziellen Organe der Kirche hinter ihnen stehen oder nicht. In jedem Fall stehen sie in der Auseinandersetzung mit der Macht überkommener christlicher Traditionen, deren Stimmen bei wachsendem staatlichen Druck gegen die Engagierten – und wie man annehmen muß, auch auf unmittelbares staatliches Verlangen – in letzter Zeit deutlich hörbar geworden sind.

3. Widerspruch und Ablehnung des politischen Zeugnisses

Aus den verschiedenen Erklärungen der engagierten Kirchen und Christen wird bereits etwas von den Widerständen deutlich, mit denen sie sich ständig auseinandersetzen haben.

Widerstände aus der Tradition

Sehr konservative Theologie, wesentlich geprägt durch amerikanische, kanadische und australische Missionen, ausgesprochen pietistische Tradition, introvertierte Tendenz und Jenseitsbezogenheit werden genannt. In „Grundsätzen der Mission“ der PROK vom September 1973 heißt es sehr pointiert:

„Der vorherrschende christliche Lebensstil in Korea war fanatisch und jenseitsbezogen, gesetzlich und autoritär. Dieser verzerrten Sicht hielt unsere Kirche das Prinzip der Inkarnation als Basis christlichen Lebens entgegen. Wir betonten die positive Bedeutung des Lebens in der Welt. Wir betonten, wie wichtig die Teilnahme der Kirche an sozialem und politischem Handeln ist, und versuchten, die negative Einstellung der Welt gegenüber, bei der man nur nach den Segnungen einer kommenden Welt trachtet, zu überwinden.“ Praktisch bedeutet das z. B.: „Es ist nicht recht, die Leute auf dem Lande zu drängen, sich mit den Unannehmlichkeiten des Lebens, mit Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit, von denen sie infolge sozialer Bedingungen unterdrückt werden, um ihres Glaubens willen abzufinden. Statt dessen muß die Kirche den Menschen beibringen, die

sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu ändern, gegen die Mißhandlung der Menschlichkeit zu protestieren und ein schöpferisches Leben und einen Gemeinschaftsgeist als Lebensprinzipien aufzubauen.“¹⁰

Es war zu erwarten, daß das Regime solche Auffassungen als Angriff auf seinen Absolutheitsanspruch mit allen Mitteln unterdrücken würde. Aber es verdient bemerkt zu werden, daß man sich zugleich der Vorteile einer traditionellen Christlichkeit bewußt wurde und sich zur Begründung der eigenen Position in einem zu 90% nichtchristlichen Land sogar christlicher Argumente zu bedienen begann. War es schon interessant, daß Billy Grahams Großevangelisation im Sommer 1973, entgegen der sonstigen Abneigung in der Dritten Welt gegen christliche Massenveranstaltungen, jede Förderung erfuhr – koreanische Freunde bezeichneten die Tatsache, daß dabei insgesamt gegen eine Million Menschen zusammenkam, geradezu als Wunder, beurteilten jedoch die Verkündigung nur als Erschwerung und Rückschlag –, wurde im folgenden Jahr das Bündnis des Staates mit einer traditionell unpolitischen Theologie offenkundig.

Die Gehorsamsforderung des Regimes

In den gleichen Tagen des November 1974 erschienen mehrere Dokumente, deren Anlaß und Gegenstand bereits aus dem Titel ersichtlich ist: eine Erklärung der Vereinigung koreanischer Christen zum Schutz der Demokratie „Wir fordern die Rücknahme der Rede des Ministerpräsidenten über die Kirche“¹¹, die Erklärung des KNCC „zur kürzlichen Äußerung koreanischer Regierungsmitglieder über das Christentum“¹² und in gleichem Zusammenhang die schon zitierte „Theologische Erklärung koreanischer Christen“¹³. Die Regierungsäußerungen können nur aus ihnen geschlossen werden. Aber wie zum Beleg dafür, daß es sich nicht um Mißdeutungen handelt, erschien wenige Tage später eine Gegenerklärung eines „Verbandes christlicher Kirchen in Korea“¹⁴, in der der KNCC als „Minderheitsorganisation mit ihren regierungsfeindlichen Äußerungen und ihren unbiblischen Behauptungen“ bezeichnet, im übrigen uneingeschränkt die Regierungsposition vertreten und noch biblisch zu begründen versucht wird. Zur Verdeutlichung seien die Aussagen in wesentlichen Punkten einander gegenübergestellt.

Vereinigung zum Schutz der Demokratie: „Ministerpräsident KIM unternahm den Versuch, die Christenheit als ein rein politisches Werkzeug zu mißbrauchen. Er ist des Glaubens, daß die Legitimität des Yushin-Systems (Erneuerung) von Gott komme . . . Weiter wird die Forderung aufgestellt, daß man den Autoritäten blind zu gehorchen habe. Er zitierte sogar die Bibel . . .“

KNCC: „Alle Gewalten sind von Gott bestimmt (Römer 13,1–7). Dieses Bibelzitat zeigt die Grenzen der politischen Autorität auf sowie das Wesen ihrer Legitimität . . . Aber wenn die eingesetzte Macht die Gerechtigkeit Gottes preisgibt, ihre Grenzen überschreitet und den vom Volk übertragenen Pflichten gegenüber untreu wird, dann müssen die Christen als Zeugen des Wortes Gottes die Verantwortung dafür übernehmen, diese Macht zu kritisieren und zu korrigieren . . .“

Gegenerklärung: „Der KNCC bringt in seiner Erklärung ein Glaubensverständnis zum Ausdruck, wonach der Staat eine von Gott gegebene Schöpfungsordnung der menschlichen Gesellschaft sei, jedoch mit einem Vorbehalt. Wir aber

sind der Meinung, daß hier kein Vorbehalt zulässig ist. Wir glauben vielmehr, daß Jesus die Haltung der Christen der weltlichen Macht gegenüber eindeutig geklärt hat, indem er sagte: „So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ . . .“

Oder zum Verständnis von Staat und Kirche:

KNCC: „Wenn wir uns anhand der Geschichte daran erinnern, daß sich das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche herausbildete, um die Verabsolutierung politischer Macht wegen der symbiotischen Vermischung von politischer Gewalt und religiöser Autorität zu verhindern und um das politische Regime davon abzuhalten, eine bestimmte Religion bevorzugt zu behandeln, dann gibt es . . . keinen Grund zu fordern, daß die Kirche schweigen soll zu allem, was das politische Regime auch unternehmen mag.“

Die *Theologische Erklärung* fügt dem gleichen Gedanken hinzu: „Die Trennung von Politik und Religion, Staat und Kirche kann aber nicht bedeuten, daß der Gegenstand und der Bereich der Religion und der Politik getrennt sind. Die alttestamentlichen Propheten haben gegen gewaltige Wirtschaftsmächte, gegen politische Gewalt und gegen Korruption gekämpft . . . Hierher gehört auch Jesus, unser Retter, der eher die soziale Gerechtigkeit einem gesetzlichen Gottesdienst überordnete.“ Oder: „Die Regierung will in Zukunft die religiöse Einstellung kontrollieren. Allein aus diesem Grunde spricht sie andauernd von der Trennung von Religion und Politik sowie von den Grenzen und dem Rahmen der Religion . . . Der Ministerpräsident redet, als repräsentiere die gegenwärtige Regierung Gott, und er spricht die Warnung aus, daß jede der Regierungspolitik gegenüber kritische Missionsarbeit bestraft werde. Dies ist eine radikale Herausforderung der Mission der christlichen Kirche.“

Die *Gegenerklärung* jedoch: „Wir stehen fest auf dem Standpunkt, daß in einer demokratischen Gesellschaft Politik und Religion streng zu trennen sind. Dies Verständnis gründet sich auf das Wort aus Röm 13: ‚Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet‘. Die römische Regierungsform war zu der Zeit, als der Apostel Paulus den Römer-Brief verfaßte, eine Monarchie, die mit Waffengewalt die Welt eroberte. Hätte die Kirche damals der römischen Regierung gewaltsam Widerstand geleistet, würde die Kirchengeschichte heute ganz anders aussehen. Da der Existenzgrund der Kirche nicht im weltlichen Machtkampf, sondern in der Erlösung der menschlichen Seele liegt, haben Jesus und der Apostel Paulus ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, sowohl die Seele der Besatzer als auch der Besetzten von Sünde und Tod zu erlösen.“

Die kommunistische Gefahr

Zur kommunistischen Bedrohung, deren notwendige Abwehr von niemandem auch unter den Engagierten bestritten wird, heißt es unter Hinweis auf die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung in der *Theologischen Erklärung*:

„Unter dem Vorwand der Bedrohung durch das nordkoreanische kommunistische System beansprucht die Regierung angeblich im Namen der Freiheit alle Kontrolle. Dadurch jedoch wird der Grund für den Kampf gegen den Kommunismus verdunkelt. Es gibt keinen Weg mehr, die sich im Innern ereignende Ungerechtigkeit und Korruption anzuklagen . . .“

In der *Gegenerklärung* wird die Bedrohung ausführlich geschildert und dazu gesagt: „Drittens können es sich die Kirchen nicht leisten, ihre staatsbürgerliche

Verantwortung für die nationale Sicherheit zu vernachlässigen . . . Wir müssen es als eine dem Feinde nutzende Handlung betrachten, wenn einige Kirchenführer trotz dieser Lage an aufrührerischen Demonstrationen teilnehmen, die die Eintracht zwischen Regierung und Bevölkerung stören . . .“

Natürlich konnte bei dem christlich motivierten Widerstand von Aufruhr, Machtkampf oder Gewalt keine Rede sein, und daß jene Gegenerklärung diese Vokabeln des Systems selbst enthält, kennzeichnet ihren Geist.

Es war zu erwarten, daß die letztgenannte zentrale Begründung des diktatorischen Regimes, die unmittelbare kommunistische Bedrohung, mit dem Zusammenbruch von Südvietnam und der dadurch ausgelösten Unruhe im ganzen ostasiatischen Raum einschließlich der nordkoreanischen Aktivitäten neuen starken Auftrieb bekommen mußte. Es war wohl auch nicht zufällig, daß im Frühjahr 1975 zugleich eine neue Welle von Terrorurteilen und Hinrichtungen aufgrund durch Folter erzwungener „Geständnisse“ zu verzeichnen war. In den gleichen Tagen schien dem Regime offenbar die Stunde zu einem Schlag gegen den mißliebigen KNCC gekommen: Generalsekretär KIM Kwan Suk und drei weitere Verantwortliche der Gemeinwesenarbeit in Seoul wurden verhaftet und diesmal eines kriminellen Delikts, der „Veruntreuung von Missionsgeldern“ angeklagt.¹⁵ Sie hatten Mittel von „Brot für die Welt“ – übrigens unter ausdrücklicher Legitimierung durch die Stuttgarter Zentrale – auch für notleidende Familien verhafteter Mitarbeiter oder deren Verteidigung oder für Kurse zur Weiterbildung von Mitarbeitern der Urban and Industrial Mission verwendet. Alles deutet darauf hin, daß auch innerkirchliche, regimetreue Gegner ihre Hand im Spiel hatten; schon die Verwendung des Begriffs „Missionsgelder“ im Sinn der Anklage ist höchst aufschlußreich.

Das Bündnis der politischen Macht mit einem bestimmten Typ christlichen Konservatismus wurde erneut durch die Meldung deutlich, daß die Regierung durch eine – ob erbetene oder angebotene – Dokumentation der sogenannten „Gegenökumene“ McIntires Unterstützung erhielt, mit der erwiesen werden sollte, daß der Ökumenische Rat kommunistisch oder prokommunistisch sei, und damit auch der KNCC und alle, die ökumenische Programme in Südkorea fördern, dem gleichen verleumderischen Verdacht ausgesetzt wurden.¹⁶ Schon im November 1974 hatte übrigens der KNCC beklagt, „daß Carl McIntire . . . unter der Schirmherrschaft der Regierung so publiziert worden ist, als wäre er ein Repräsentant der zentralen christlichen Tradition“. ¹⁷ Jetzt forderte der KNCC „sofortige Einstellung des Planes zur Spaltung der Kirche und Schaffung von Mißtrauen innerhalb der koreanischen Kirche sowie zwischen dem koreanischen Volk und den Kirchen in aller Welt durch die Verdächtigung der Veruntreuung von Hilfsgeldern . . . Die Missionstätigkeit der Kirche und die Verwendung von Missionsgeldern gehört in die Verantwortung der Kirche.“¹⁸ Im Blick auf die Erschütterung durch die Ereignisse in Südvietnam sah sich die PROK zu einer Erklärung veranlaßt, in der, ohne die Gefahr zu verharmlosen, erneut die einzig wirksame Abwehr aufgezeigt wird:

„Wir müssen uns um unserer nationalen Sicherheit und dauernden Entwicklung willen schützen gegen den grausamen Kommunismus, der sich auf Atheismus gründet, und eine Invasion von seiner Seite verhindern. Deshalb bemüht sich die Kirche mit aller Kraft um eine einheitliche nationale Meinungsbildung über ein

demokratisches System, in dem die Wirklichkeit von Freiheit und Gerechtigkeit bestimmt ist. Ausbeuterische Bedingungen der Gesellschaft, die die Brutstätte für den Kommunismus sind, sind die üblichen traditionellen Einfallstore für indirekte kommunistische Invasion“, und dann werden die Kluft zwischen arm und reich, die Trennung von Volk und Regierung durch eine diktatorische Politik der Gewalt und des Geheimdienstes und der Zorn des Volkes wegen Korruption und Unehrllichkeit der Bürokratie unverblümt beim Namen genannt.¹⁹

Die Moon-Sekte

Die vom Regime gewünschte Unterstützung gegen den Kommunismus sah freilich anders aus. Unter dieser Devise meldete sich die höchst fragwürdige Moon-Sekte oder sogenannte „Vereinigungskirche“ – in Wahrheit eine religiös verbrämte ideologische Kampforganisation – im Juni 1975 zu Wort. In einer Riesenversammlung von über einer Million Menschen in Seoul betete man für eine „heilige Verantwortung, ihr Heiliges Land vor der kommunistischen Aggression zu sichern“.

Moon selbst erklärte, daß „Gott es den nordkoreanischen Kommunisten niemals erlauben wird, den Süden zu unterdrücken, weil Gott die Republik Korea von allen Ländern am meisten liebt“, und die über 1000 ausländischen Teilnehmer versicherten: „Wir, die Mitglieder der Vereinigungskirche, International, erklären, daß, sollten die nordkoreanischen Kommunisten jemals in den Süden Koreas eindringen, wir sofort eine freiwillige Armee von ‚Kreuzfahrern‘ organisieren, um unser Heiliges Land zu erhalten und zu verteidigen.“²⁰

Eine Missionskonferenz der PROK sah sich daraufhin veranlaßt zu erklären: „Wir müssen klarstellen, daß die Heilig-Geist-Vereinigung (Holy Spirit Association for the Unification of World Christianity) zur Vereinigung der Weltchristenheit (sog. Vereinigungs-Kirche) und andere wildwuchernde unechte Missionsorganisationen zu Feinden der wahren Verkündigung des Evangeliums werden, und wir beschließen, sie zu bekämpfen.“²¹

Wenn man fragen möchte, ob damit der Sache nicht zuviel Gewicht beigelegt wird, darf man doch nicht unterschätzen, welche Verwirrung in der dortigen Situation erneut in unkritische christliche Kreise hineingetragen wurde, die sich von ihrer konservativen Grundhaltung her nur bestärkt fühlen mußten in der Meinung, Christen hätten in allem ihrer Obrigkeit untertan zu sein und die Opponierenden seien nichts anderes als irgeleitetete Revolutionäre.

Innerkirchliche Kritiker

Bedenklicher noch war ein unmittelbar gegen den christlichen Widerstand gerichtetes innerkirchliches Dokument vom Juli 1975, eine „19-Kirchenführer-erklärung“ mit Namen und Rangbezeichnungen aus fast allen nichtkatholischen Denominationen. Darin stehen die Sätze:

„In diesen Jahren haben auch einige Kirchenführer Erklärungen und Proteste gegen die Politik der Regierung veröffentlicht. Sie behaupten darin, daß die Regierung die Menschenrechte verletze und die Glaubensfreiheit einschränke. Wir bedauern, daß einige dieser Kirchenführer verhaftet und zwei ausländische Missionare aus Korea ausgewiesen wurden. Als über diese Vorfälle im Ausland Bericht erstattet wurde, geschah dies auf unzulängliche Weise. Es mußte der Ein-

druck entstehen, als würden koreanische Kirchen von der Regierung schwer unterdrückt und verfolgt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierung hat sich nicht in Glaubensgrundlagen und das Leben der Kirchen eingemischt. Die Missionstätigkeit wird wie üblich in Freiheit und ohne bedeutsame Einschränkungen weitergeführt. Wenn es überhaupt Beschränkungen gibt, dann nur wegen der politischen Spannungen, in denen sich die Republik Korea zur Zeit befindet. Diese Beschränkungen sind jedoch unvermeidbar, zeitlich begrenzte Maßnahmen, und wir glauben und hoffen, daß sich diese Situation in absehbarer Zeit normalisieren wird . . . Wir anerkennen, daß die Kirchen in der gegenwärtigen koreanischen Situation ohne die Souveränität der Republik Korea nicht existieren könnten. Wir betrachten die Verteidigung unseres Glaubens und der staatlichen Sicherheit als unsere primäre Aufgabe in dieser Zeit. Sowohl als Christen, wie auch als Bürger dieses Landes glauben wir, daß die verantwortliche Durchführung beider Aufgaben das erste Prinzip unseres christlichen Lebens ist.“²²

Schon unmittelbar nach Erscheinen dieser Erklärung wiesen die Sprecher der Mitgliedskirchen des KNCC auf den rein privaten Charakter der Aktion hin: weder von der Existenz einer „Vereinigung koreanischer christlicher Kirchenführer“ noch von der beabsichtigten Erklärung hätten die Kirchen Kenntnis erhalten. Zudem stellte sich heraus, daß Namen und Titel einzelner Unterzeichner ohne deren Wissen mißbraucht worden waren, so daß man nur vermuten kann, daß die Erklärung unter Druck zustande gebracht wurde.

Die danach im September tagende 60. Generalversammlung der PROK, zu der der zu den Unterzeichnern gehörende ausscheidende Moderator nicht erschien, umriß noch einmal, ohne jene Erklärung direkt zu nennen, die Haltung der Kirche zu den brennenden Fragen. Nach einem klaren Bekenntnis zu dem als prokommunistisch verdächtigten ÖRK heißt es dann zum Thema Freiheit der Mission:

„Wir wehren uns ferner dagegen . . ., das Heil Gottes, das uns durch Jesus Christus gebracht worden ist, in ein individuelles Heil und ein soziales Heil auseinanderzureißen. Die Aufgabe unserer Mission besteht vielmehr darin, das Evangelium von Jesus Christus dem ganzen Mann und der ganzen Frau zu verkündigen, da beide Leib und Seele (Geist) haben . . . Von diesem umfassenden Gesichtspunkt aus weigern wir uns, die Freiheit unserer missionarischen Aktivität auf gottesdienstliche und evangelistische Aktivitäten einzuschränken. Wir können Gottesdienst und Evangelisation nicht von den Ereignissen trennen, die sich in der Welt, in der wir leben, abspielen. Darum schließt die Freiheit der Mission die Freiheit mit ein, Tätigkeiten in allen Lebensbereichen auszuüben, in die uns unsere missionarische Aktivität hineinnimmt. Es gibt einige Kirchenglieder, die unter ‚Mission‘ das Werk der Kirche in Beziehung zu körperlosen Seelen verstehen, zu einem Himmel ohne Erde, zu einer Zukunft ohne Gegenwart, zu einem Individuum losgelöst vom sozialen Kontext, in dem es lebt. Es ist bedauerlich, daß solche Christen unsere Missionspolitik mißverstehen, indem sie diese als rein politische Meinung ansehen . . . Wir sind der Leib Christi für die Mission und nicht für politische Aktivitäten. Darum ist es nicht nur die Macht des Kommunismus, der wir zu widerstehen haben. Öffentlich anprangern werden wir jeden Menschen oder jedes von Menschen gemachte System, welches sich selber vergötzt, und jede Ideologie oder Macht, die den Menschen entwür-

digt und unterdrückt . . . Wir sind bereit, mit denen, die eine andere Auffassung haben als wir, einen aufrichtigen Dialog zu beginnen . . .“²³

Die Hintergründe der Haltung jener Andersdenkenden kennzeichnet ein zur Zeit in der Bundesrepublik lebender Koreaner so:

„. . . Antikommunismus ist in Süd-Korea . . . seit 1945 eine Art Moral. Präsident Park kann deshalb sagen: ‚Antikommunisiert und eint!‘ Berühmte koreanische Geistliche folgen Präsident Park in dieser Überzeugung und sublimieren den Glauben wie er in einem antikommunistischen, dogmatischen Verhalten, das sich bis in Massengebetsveranstaltungen auswirkt . . . Christen Koreas müssen über den leeren Antikommunismus-Begriff wegkommen und nach dem Willen Gottes fragen . . . Koreaner, auch Christen, leiden unter der weit verbreiteten buddhistisch-schamanistischen Welt- und Lebensanschauung . . . Leiden, Armut und Unterdrückung sind Mächte mit fataler Gewalt, man muß sie erdulden . . . Der Wille zum Leben, zur erneuernden Mission und totalen Veränderung des Menschen durch Glauben und Liebe wird unter dem Einfluß dieses alten, fatalistischen Glaubens vergiftet. Viele Kirchen verkündigen mehr Fatalismus als freimachende Botschaft. Sie liegen auf einer Ebene mit unserer Regierung. Es bleibt also dabei: Wie seit 90 Jahren werden auch heute in Korea nur solche Christen unterdrückt, die die oben zitierten Probleme durchschaut haben und die sich von Christus in die Welt senden lassen, um sie durch Liebe zu befreien und zu erneuern . . .“²⁴

4. Solidarität mit den Bedrängten

Die Missionssynode des EMS hat im Oktober 1975 die Bedrängten erneut ihrer Verbundenheit versichert und auch die andersdenkenden Christen gebeten, „ernstlich zu prüfen, welches Zeugnis Jesus Christus von den Seinen in solcher Lage fordert“:

„Von seiten der Regierung und auch von manchen Christen wird ihnen (den Bedrängten) vorgeworfen, statt ihre ganze Kraft für die Erlösung der Seelen einzusetzen, hätten sie Religion und Politik nicht streng getrennt und nutzten damit dem kommunistischen Feind, vor dem Südkorea zu verteidigen primäre Aufgabe auch der Kirche in dieser Zeit sei. Demgegenüber sind unsere Brüder der Überzeugung, daß der kommunistischen Gefahr aus Nordkorea, die auch uns bewußt ist, nur recht begegnet werden kann, wenn Ungerechtigkeit und Mißachtung des Menschen im eigenen Bereich bekämpft werden. Sie sind davon durchdrungen, daß die Kirche in ihrer missionarischen Verantwortung Seele und Leib, Individuum und gesellschaftliche Nöte nicht voneinander trennen darf und daß ihre Sorge dem ganzen Menschen gilt. Wir nehmen ernst, was sie selber bekennen: ‚Wir Christen in Korea treiben heute Mission im politischen und gesellschaftlichen Bereich nicht deshalb, weil wir nicht wüßten, daß das Reich Gottes als ein Geschenk von Gott, nicht aber durch menschliche Anstrengungen zu uns kommt, und daß politische und gesellschaftliche Aktivitäten letzten Endes eine wirklich ideale Gesellschaft nicht schaffen könnten. Wir treiben diese Mission vielmehr nur, weil wir in den alttestamentlichen Propheten und bei den neutestamentlichen Aposteln, bei den Zeugen und Märtyrern in der Geschichte der christlichen Kirche und vor allem in der Missionsarbeit Jesu Christi das Vorbild für unser Leben und Handeln finden.‘“²⁵

Im Herbst 1975, nachdem auch die Theologische Hochschule Hankuk wie andere Universitäten als Bedingung für ihre Wiedereröffnung zur Entlassung bestimmter Professoren und einer größeren Zahl von Studenten gezwungen und dann die Mitarbeiter von KNCC und Gemeinwesenarbeit zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, schien die Stimme des kirchlichen Widerstandes zunächst verstummt. Erst einige Zeit später wurde bekannt, daß sich in Seoul eine „Galiläa-Gemeinde“ zusammengefunden habe, die sich regelmäßig – unter laufender Überwachung des Geheimdienstes – zum Austausch unter dem Bibelwort und zu Gebet und Fürbitte für die Bedrängten versammelt. Nichts kann das Selbstverständnis dieser Menschen besser kennzeichnen als die Grundgedanken der ersten Predigt, die der aus seinem Amt entlassene Professor AHN Byung Mu dort gehalten hat:

„1. Nach dem Markusevangelium wird Galiläa als Kontrast zu Jerusalem geschildert. Jerusalem war zur Zeit Jesu die religiöse Metropole für alle gläubigen Juden. Sie war aber auch Symbol für das Festhalten an alten Traditionen, das Festhalten am vorhandenen System um jeden Preis, damit Reichtum und Bequemlichkeit erhalten bleiben konnten, Symbol für das ‚Befestigtsein‘, Gottes Werk allein für sich zu besitzen. Die Pharisäer waren die Repräsentanten des damaligen Jerusalem und deshalb zwangsläufig in ständigem Konflikt mit Jesus.

2. Jesus Missionsbühne war dann nicht Jerusalem, die Metropole, sondern das von Jerusalem diskriminierte Galiläa. Für uns ein wichtiges Vorbild. Dort erwählte er seine Jünger und sammelte den ‚Ochlos‘ – das einfache Volk – um sich. Seine völlige Hinwendung galt den Verachteten, den Gequälten, den aus der Gesellschaft und aus der religiösen Gemeinschaft Ausgeschlossenen, und ihnen hat er das Reich Gottes verheißen. Für die Pharisäer waren diese Menschen längst als hoffnungslos aufgegeben.

3. Jesus wurde dann in Jerusalem gekreuzigt, er ist dort auferstanden, hat aber – wiederum nach Markus – seine Jünger in Galiläa wiedergesehen.

4. Deshalb trägt unsere Gemeinde den Namen ‚Galiläa‘, um den ‚Auferstandenen zu treffen‘. Da wartet Jesus auf uns, der den Tod überwunden hat und der die vom Tode Bedrohten erretten und erwecken kann.

5. So ist es nun Galiläa, nicht mehr Jerusalem, wo der Neuanfang geschieht, der Ausgang zur Welt, um die neue Welt Gottes zu verwirklichen. Wir müssen weg von ‚Jerusalem‘, hin zur ‚Gemeinde für die Welt‘. Das ist der uns in der Nachfolge gewiesene Weg.“²⁶

Die letzten Augenzeugenberichte von diesen, in Grundhaltung und Atmosphäre bewegenden Gottesdiensten datieren von März und April dieses Jahres, kurz nachdem auch Professor Ahn mit einer ganzen Reihe anderer verhaftet worden war. Diese erneute Verhaftungswelle war die Reaktion auf einen ökumenischen Gottesdienst in der katholischen Kathedrale von Seoul am 1. März, dem Gedenktag an die blutig niedergeschlagene Unabhängigkeitserklärung 1919 gegenüber Japan. Dabei wurde eine Erklärung mit Namensnennung der zehn Unterzeichner verlesen, in der noch einmal die Wiederherstellung demokratischer Grundrechte, die Aufhebung der Notstandsgesetze und Freilassung der aufgrund dessen Inhaftierten und der Rücktritt von Präsident Park gefordert wurde. Die nationale Wiedervereinigung habe erste Priorität, aber nur eine gesunde und stabile Demokratie könne der kommunistischen Macht begegnen. Zu den Verhafteten gehören namhafte Vertreter des politischen und geistigen Lebens, so

auch der bekannte katholische Oppositionsführer KIM Dae-Jung²⁷, eine Reihe katholischer Priester ebenso wie evangelische Theologen und Laien. Inzwischen ist gegen 18 Personen Anklage erhoben, darunter acht namentlich bekannte Glieder der PROK. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt sie laut Pressemeldungen des Versuchs, „Verwirrung und einen chaotischen Zustand zu schaffen, unter dem sie selber die Macht ergreifen könnten“, eine „illegale politische Aktivität, getarnt als religiöse Handlung“! Die Regierungspartei sprach von einer Gruppe von Unruhestiftern, die seit langem den Sturz der Regierung geplant hätten. Der Inhalt der Deklaration wurde wohlweislich nicht wiedergegeben, er sei nicht bekannt – wiewohl der Geheimdienst alle erreichbaren Exemplare konfisziert hatte! Nach allem kann man dem Ausgang des Prozesses nur mit tiefer Sorge entgegensehen. Neben anderen Stimmen aus der Ökumene hat auch der Rat der EKD gegenüber Präsident Park seine Solidarität mit den Angeklagten bekundet, die „im Gehorsam gegenüber ihren Gewissen“ gehandelt hätten: „Als Mitglieder der weltweiten Familie der Kirchen sind wir ihrer Sache verpflichtet und anerkennen ihre Integrität und patriotische Motivation“. ²⁸

5. Zusammenfassung

Das Dargelegte dürfte deutlich gemacht haben, daß es hier um Grundsatzfragen und Entscheidungen geht, die weit über die spezielle koreanische Situation hinaus von ökumenischer Bedeutung sind. Drei solcher Aspekte seien genannt:

1) Die von Christen und Kirchen als notwendig erkannte kritische Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Tradition und das Bewußtwerden eines Zeugnisauftrags auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich.

2) Das Verlangen der staatlichen Macht, daß Christen und Kirchen sich nicht in politische Dinge einmischen, vielmehr Grundhaltung und Vorgehen des Staates im Namen eines zur Religion hochstilisierten Antikommunismus bejahen und unterstützen.

3) Die Haltung von Kirchen und kirchlichen Gruppen, die jene kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Tradition als vermeintliche Politisierung ablehnen, vielmehr bewußt unpolitisch die eigentlichen christlichen Anliegen vertreten wollen und dabei durch Unterstützung und religiöse Begründung der Ziele des Regimes gerade massiv politisch wirken.

Vergleiche zu verschiedenen Situationen in der Ökumene bis hin zu frappierenden Parallelen etwa im südlichen Afrika drängen sich auf. Aber auch Berührungen mit theologischen Entscheidungsfragen im eigenen Bereich sind unverkennbar, die den Weg unserer Kirchen seit dem Kirchenkampf als unverarbeitete Probleme begleiten. Praktizierte ökumenische Partnerschaft könnte uns zur eigenen Klärung helfen.

Karl Herbert

ANMERKUNGEN

¹ So epd-Dokumentation Nr. 38/74 (künftig zitiert: Dok. 38/74); 33 und 34/75. Ev. Kommentare 5/74, 284 f.; 5/75, 288 ff. Das Wort in der Welt 3/74; 3–6/75. Zeitschrift für Mission 2/75, 103 ff.; 1/76, 6 ff. und 48 ff.

² Gemeinsame Schritte 5/73; Dok. 38/74, 5 ff.

- ³ Dok. 38/74, 13 ff.
⁴ Ebenda.
⁵ Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS), Information aus Korea vom 24. 6. 1974.
⁶ Dok. 38/74, 17 ff.
⁷ Dok. 34/75, 15 ff.
⁸ Wer ist KIM Chi-Ha? Hg. MISSIO Intern. Kath. Missionswerk und Ev. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission, München und Hamburg 1976, S. 10 und 34 f.
⁹ So z.B. im Brief an einen ausgewiesenen amerikanischen Missionar in: Das Wort in der Welt 5/75, 22.
¹⁰ Material des EMS.
¹¹ Dok. 34/75, 13 f.
¹² Ebenda 22 ff.
¹³ Ebenda 15 ff.
¹⁴ Ebenda 25 f.
¹⁵ Anklageschrift vom 3. 5. 1975 und Darstellung des Ausschusses für die Gemeinwesenarbeit in Seoul vom 4. 4. 1975 vgl. Dok. 33/75, 36 ff. und 42 ff.
¹⁶ Informationsmaterial des EMS vom 16. 6. 1975.
¹⁷ Dok. 34/75, 24.
¹⁸ Erklärung vom 8. 4. 1975, Dok. 33/75, 60.
¹⁹ Dok. 34/75, 39.
²⁰ DOAM-Nachrichten aus dem EMS 5-6/75, 44.
²¹ Ebenda 39.
²² EMS Informationsbrief 5/75, 1 ff.
²³ Zeitschrift für Mission 1/76, 48 ff.
²⁴ DOAM-Nachrichten aus dem EMS 5-6/75, 46 f.
²⁵ EMS Protokoll der Missionsynode vom 10.-11. 10. 1975.
²⁶ DOAM-Nachrichten aus dem EMS 2/76, 13 f.
²⁷ Kims Entführung aus Tokio im August 1973 durch den koreanischen Geheimdienst erregte seinerzeit weltweites Aufsehen. Seine christliche Grundhaltung wird in einem Interview vom Oktober 1975 deutlich, vgl. Das Wort in der Welt 6/75, 12: „Ich möchte mich der Sache Jesu in der Welt genauso hingeben, wie Jesus dies tat, der auch den Geringsten retten wollte.“
²⁸ epd ZA Nr. 96 vom 18. 5. 1976.

Das Ökumenische Patriarchat und seine Auslandsdiözesen

Bericht über eine Konsultation
 vom 1. bis 3. Februar 1976 in Chambésy/Genf

Es gehört zum Selbstverständnis des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel wie auch aller anderen autokephalen orthodoxen Kirchen, daß sie sich der Sorgen und Probleme ihrer jeweiligen Auslandsdiözesen und Gemeinden annehmen. Dabei geht es freilich nicht nur um Probleme jurisdiktio-neller Art, die in den letzten Jahren zu gewissen Spannungen innerhalb der Orthodoxie geführt haben, wie z. B. zwischen dem Ökumenischen Patriarchat und den Patriarchaten von Moskau und Alexandrien, als es um die Selbständig-keit der nationalen orthodoxen Kirchen in den USA ging. Vielmehr geht es um eine Hilfestellung seitens der Mutterkirchen, die die Grenzen von Streitfragen